



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Schulen mit hohem Anteil von ausländischen Schüler\*innen besonders unterstützen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass sich in einigen staatlichen Grundschulen, Sekundar- und Gemeinschaftsschulen in Magdeburg und Halle aber auch in Dessau sowie in verschiedenen Landkreisen eine Situation herausgebildet hat, die von einer besonders hohen Zahl ausländischer Schüler\*innen geprägt ist. Er geht davon aus, dass diese Situation in den nächsten Jahren weiter bestehen wird.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, Schulen mit einem Anteil ausländischer Schüler\*innen von 25 und mehr Prozent an der Gesamtschülerschaft als Migrationsschulen durch geeignete Sofortmaßnahmen und erforderliche mittelfristige Entscheidungen besonders zu unterstützen und in diesem Sinne
  - a) sofort 100 Stellen für Migrationslehrkräfte für die Arbeit an Migrationsschulen auszuschreiben, die - auch als Seiteneinsteiger\*innen - insbesondere als Klassenleiter\*in und für die Sprachförderung eingesetzt werden können;
  - b) Schüler\*innen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, für die Erlangung von Schulabschlüssen insgesamt, einschließlich für das Ablegen von Abschlussprüfungen, angemessene Nachteilsausgleiche verbindlich zu gewähren; bereits bestehende Ausgleichsregelungen zu überprüfen und fortzuentwickeln sowie Lernformen anzubieten, die an die Lernaussgangssituation von Migrant\*innen anknüpfen, ihnen den Bildungszugang erleichtern und ihre soziale Integration befördern; dazu ggf. besondere Lerngruppen einzurichten, die auf der Grundlage der Erfahrungen des „Produktiven Lernens“ einen spezifischen Hauptschulabschluss ermöglichen;
  - c) Lehrkräften und Sozialarbeiter\*innen mehr schulpraxisnahe Qualifikationen zur integrativen Arbeit mit ausländischen Schüler\*innen anzubieten und dabei die Migrationsschulen in besonderer Weise zu berücksichtigen; die bisher an Schulen gesammelten Erfahrungen bei der Gestaltung von Lernprozessen mit aus-

(Ausgegeben am 19.09.2018)

ländischen Schüler\*innen und bei deren erfolgreicher sozialer Integration sollen aufbereitet und im Sinne von best practice den Schulen zugänglich gemacht werden;

- d) im Zusammenwirken vor allem mit den Städten Magdeburg und Halle aber auch mit weiteren Kommunen, in denen sich Migrationsschulen herausgebildet haben, Impulse für eine sinnvolle Vernetzung und Zusammenarbeit der Migrationsschulen mit ihrem regionalen Umfeld zur Verbesserung der sozialen Integration zugewanderter Menschen und zur Unterstützung des Abbaus von Konfliktpotentialen gemeinsam mit den zuständigen kommunalen Behörden zu geben; dazu soll auf bestehende Fördermöglichkeiten hingewiesen und ggf. sollen neue Förderinstrumente entwickelt werden.
3. Die Landesregierung soll den Ausschuss für Bildung und Kultur zeitnah, spätestens zu Beginn des Jahres 2019, über erste eingeleitete Schritte zu den unter Ziffer 2 aufgeführten Maßnahmen schriftlich unterrichten.
  4. Der Landtag bekundet seinen Willen, im Rahmen der Haushaltsverhandlungen zum Landeshaushalt 2019 die Voraussetzungen zu schaffen, damit 100 Stellen für spezifische Schulsozialarbeitsprojekte an den Migrationsschulen ausgeschrieben werden können. Für die Projekte sollen freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe gewonnen werden. Hinsichtlich der sozialpädagogischen Fachkräfte sollen ähnliche Konditionen, einschließlich der Vergütungsregelungen, wie beim Schulsozialarbeitsprogramm „Schulerfolg sichern!“ gelten.

## **Begründung**

Die Fraktion DIE LINKE sieht im Zugang von Migrant\*innen zu umfassender Bildung ein unveräußerliches Menschenrecht und eine wichtige Voraussetzung für gelingende soziale Integration.

Ungeachtet der Gründe für die Konzentration von ausländischen Schüler\*innen an einzelnen Schulen und deren Bewertung spricht sich die einbringende Fraktion dafür aus, jenen Schulen, die sich dadurch besonderen Herausforderungen gegenübersehen, wirksamere Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Sie hält unverzügliches Handeln und die Einleitung von Sofortmaßnahmen durch die Landesregierung für dringend geboten und schlägt die im Antrag genannten Maßnahmen vor.

Briefe und Situationsschilderungen aus Schulen mit hohem Migrantenanteil an der Gesamtschülerschaft, wie z. B. aus der Gemeinschaftsschule Kastanienallee in Halle-Neustadt, zeigen konkrete Probleme auf, die ein besonders hoher Migrantenanteil an der Schülerschaft mit sich bringt. Der anhaltende Personalmangel wirkt sich gerade an diesen Schulen besonders nachteilig aus.

Aufgrund der bisherigen Entwicklung muss davon ausgegangen werden, dass es auch künftig an bestimmten Schulen im Land einen weit über dem Durchschnitt liegenden Migrantenanteil an der Gesamtschülerschaft geben wird.

Der Umfang der vorgeschlagenen Maßnahmen ergibt sich aus einer Abschätzung der Zahl der Schulen, auf die das Kriterium 25 und mehr Prozent Migrantenanteil an der Gesamtschülerschaft zutrifft. Grundlage dafür bilden die Datenerhebungen des Statistischen Landesamtes.

Die einbringende Fraktion, die seit Jahren für das längere gemeinsame Lernen und den produktiven Umgang mit wachsender Diversität in der Schülerschaft im Sinne eines inklusiven Schulwesens eintritt, sieht in diesem Kontext auch Chancen, die Arbeit mit einer größeren Zahl ausländischer Schüler\*innen erfolgreich zu gestalten, wenn die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Sie wird durch die Ergebnisse gelingender Integrationsarbeit darin bestärkt. Diese Beispiele sollen besser aufgearbeitet und wirkungsvoller für die schulpraxisnahe Qualifizierung genutzt werden.

Die Fraktion DIE LINKE verkennt nicht, dass auch die Anwendung von best practice ohne Erfolg bleibt, wenn die Schulen unter eklatantem Personalmangel und unzureichenden schulorganisatorischen Entscheidungen leiden. Deshalb stellt sie die personelle Stärkung der Migrationsschulen ins Zentrum ihrer Forderungen.

Die Öffnung der Schulen in ihr regionales Umfeld, ihre Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen, mit gesellschaftlichen Akteuren, mit weiteren Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft, ist nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE von großer Bedeutung für nachhaltige Bildung und eine demokratische Entwicklung des Gemeinwesens. Das gilt nach ihrer Auffassung ganz grundsätzlich, für Schulen mit hohem Migrantenanteil aber in besonderem Maße. Die einbringende Fraktion fordert daher, diese Zusammenarbeit zu fördern. Mehr und mehr wird dazu ein integrationspolitisches regionales Gesamtkonzept erforderlich sein, das über die schulpolitischen Aspekte dieses Antrages hinausgeht.

Da der Entwurf der Landesregierung für den Landeshaushalt 2019 bereits verabschiedet ist und dem Landtag vorliegt, regt die Fraktion DIE LINKE an, dass der Landtag sich in einem mehrheitlichen Beschluss dazu bekennt, im Rahmen der Haushaltsberatungen die Voraussetzungen zu schaffen, damit eine bedarfsgerechte Schulsozialarbeit an den Migrationsschulen entwickelt und ausgebaut werden kann.

Thomas Lippmann  
Fraktionsvorsitzender